

Antrag Nr. 08-F-01-0009

SPD

Betreff:

Umzug der Gerichte / Justiz- und Verwaltungszentrum Mainzer Straße
- Antrag der SPD-Fraktion vom 23.1.2008 -

Antragstext:

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten, ob sich bei den seitens der Landeshauptstadt Wiesbaden zu beziehenden Gebäudeteilen bzw. Räumen des Justiz- und Verwaltungszentrums an der Mainzer Straße neben der vergessenen Kita noch weitere Forderungen nach Nachbesserungen abzeichnen.

Begründung:

Nachdem schon beim Abschluss des PPP-Projekts die von Land und Stadt gewünschte Kindertagesstätte nicht berücksichtigt wurde, scheinen- laut Berichten - im Bereich des vom Land Hessen zu beziehenden Gebäudeteils weitere Planungsfehler (u.a. nicht in den Planungen berücksichtigter Raumbedarf) aufgetreten zu sein. Für den Ausschuss dürfte es von Interesse sein, zu erfahren, ob dies auch den Teil der LHW betrifft.

Wiesbaden, 23.01.2008

gez.

f.d.R.

Kai-Christofer Burghard
Planungspolitischer Sprecher

Christian Lahr
Fraktionsassistent